

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Jürgen Clemens und Martin-Peter Houscht

## Unüberwindbare Armut

Ungeachtet der großen Anstrengungen, die vom Staat unternommen werden, um die Armut in Sri Lanka zu bekämpfen, leben weiterhin 40 Prozent der Bevölkerung unter der Armutlinie und sind auf staatliche Hilfen angewiesen. Letztere, so der Minister für soziale Wohlfahrt, A.H.M. Fouzie, sind nicht nur positiv zu bewerten: "Ein Abhängigkeitssyndrom hat sich herausgebildet, das die Selbsthilfekräfte schwächt." Landlose, unterbeschäftigte Arbeiter sowie alte und behinderte Menschen ohne Familienanschluß gehören zur Kategorie der Armen. Ihnen fehlt der Zugang zu wichtigen Dienstleistungenn.

Sri Lanka nimmt mit seinen umfangreichen Programmen zur sozialen Entwicklung (siehe dazu auch 'Südasiens', 3/95) eine Ausnahmestellung in der Region ein. Die Liste an Aktivitäten in den Bereichen Nahrungsmittelsubventionen, Erziehung, Gesundheitsdienste und anderen wird nach den Worten Fouzies bald um weitere Dienstleistungen ergänzt werden müssen.

## Regierung gegen Kinderprostitution

"Wir wollen den Tourismus, aber keine Kinderprostitution", mit diesen Worten hat der für Tourismus zuständige Minister Dharmasiri Senanayake eine "task force" gegen Kindesmißbrauch und Prostitution eingesetzt. Damit soll verhindert werden, daß die geschätzte Zahl von 3.000 bis 5.000 sexuell mißbrauchten Kindern (fast ausschließlich Knaben) noch anwächst. Nach Aussagen der Organisation 'Protecting Environment and Children Everywhere' suchen etwa vier Prozent der Touristen Sex mit Kindern. Bislang drohte ihnen höchstens eine lächerliche Geldstrafe - 30 Dollar. Einfluß und Macht der Besitzer von Häusern, in denen Kinderprostitution stattfindet, hielten die Polizei bislang vor Razzien zurück. Dies soll nun anders werden. Schützenhilfe erhält die Regierung in Sri Lanka auch aus Bonn. Justizministerin Leutheusser-

Schnarrenberger will Deutsche, die sich im Ausland der Kinderprostitution schuldig gemacht haben, vor deutsche Gerichte stellen lassen.

## Privatisierung von Staatsbanken

Der 'Internationale Währungsfonds' (IWF) hat anlässlich der Pariser Gebertagung unter anderem auf die Bedeutung der Bankenprivatisierung hingewiesen. "Die Privatisierung der Staatsbanken würde die Effizienz der Finanzmärkte erheblich steigern und das die Entwicklung des Privatsektors hemmende hohe Zinsniveau senken.", so der IWF Repräsentant Bijan B. Aghevli. Außerdem seien die Düngemittelsubventionen der Regierung aus ökologischen Gesichtspunkten sehr fragwürdig und die Subventionen für Getreidemehl kostspielig und nachteilig für die Subsistenz der Bauern. Im öffentlichen Dienst sieht der IWF einen großen Spielraum für Einsparungen. Weniger Einstellungen oder Ausgliederungen bestimmter Dienstleistungen, die von privater Seite besser bedient werden können, sind nach Meinung des IWF Schritte in die richtige Richtung. Besorgniserregend sind laut IWF die fallenden öffentlichen Investitionen. Von 10 Prozent (1989) auf 6,6 Prozent (1994). Dies läßt Zweifel aufkommen, ob der bestehende Kapitalstock zumindest gehalten werden kann.

Das schnelle Wachstum im privaten Sektor zeigt nach Ansicht des IWF, daß sich eine marktorientierte Politik auszahle. Unbefriedigend sei jedoch die Lage der Landwirtschaft, die hinter den Wachstumsraten der Industrie hinterher hinke. Letztere, so der IWF weiter, dürfe nicht auf einige Schlüsselbereiche wie die Textilbranche setzen, sondern müsse durch Diversifizierungsmaßnahmen die Grundlage für fortgesetztes Wachstum schaffen.

## Keine wirtschaftlichen Einbußen

Der Bürgerkrieg im Norden des Landes hat, nach Ansicht des Außenministers Lakshman Kadirgamar, keinerlei negative Auswirkungen auf

die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Dies sagte er anlässlich eines Besuchs in Singapore. In den vergangenen zehn Jahre wuchs die Wirtschaft beständig um jährlich etwa 5,5 Prozent. Momentan sind etwa 1.500 Investitionsprojekte in Planung und eine noch höhere Anzahl schon in Betrieb. "Niemand hat wegen des Krieges Betriebe geschlossen oder gar das Land verlassen", teilte der Minister mit. Zudem sei die Anzahl der Touristen von etwa 183.000 in 1987 auf etwa 450.000 im vergangenen Jahr gestiegen. In Singapore bot der Außenminister sein Land als wirtschaftliches Sprungbrett an, für Investoren, die den Markt des indischen Subkontinents erschließen wollten. Dabei verwies er auf die begonnenen Privatisierungsprogramme insbesondere im Infrastrukturbereich, wie Energieversorgung und Verkehrswesen und stellte die Bedeutung Singapores als größtem ausländischen Investor heraus.

## Krise der Teeindustrie

Eine Kommission untersuchte jetzt die Ursachen für die Krise der Teeindustrie in Sri Lanka, dem wichtigsten Netto-Devisenbringer. Zwischen 1980 und 1990 waren insgesamt nur vier Jahre mit wirtschaftlichen Überschüssen zu verzeichnen. Bei der Mehrheit aller privaten Betreiber der Teeplantagen übersteigen die Produktionskosten die Erlöse aus dem Teeverkauf. Die Weltmarktposition Sri Lankas erlaubt es zudem nicht, die erhöhten Produktionskosten einfach auf die Verkaufspreise umzulegen.

Global sind die Teepreise stark gefallen, nachdem die Teeproduktion sehr viel rascher zugenommen hat als der Verbrauch. Zum einen haben einige große Teeimportländer ihre Einfuhrmengen deutlich reduziert, wie z.B. die ehemalige Sowjetunion, Ägypten und der Irak. Andererseits sind neue Anbauländer wie Vietnam, Kenia, die Türkei und auch Argentinien als Anbieter aufgetreten.

Als zentrale Probleme der Teeproduktion in Sri Lanka gelten nach

dem Kommissionsbericht die geringe Arbeitsproduktivität sowie die vergleichsweise geringen Ernteerträge. Länder wie Kenia, China oder auch Indien gelten für zukünftige Reformmaßnahmen als Vorbilder, da sie selbst bei den derzeit niedrigen Weltmarktpreisen noch profitabel wirtschaften.

**Bombenanschlag auf Flughafen**

Glück im Unglück hatten Reisende, als Anfang Juni ein Sprengsatz am internationalen Flughafen von Colombo detonierte. Bei dem Anschlag gingen zwar drei Sprengsätze hoch und zerstörten einen Kleinbus, über 25 kg Plastiksprengstoff explodierten jedoch nicht. Es handelte sich um die erste Terroraktion im Großraum Colombo seit dem Ende der Friedensgespräche zwischen LTTE und Regierung. Seit dem Vorfall gilt der Flughafen als Hochsicherheitszone, 250 schwerbewaffnete Polizeibeamte kontrollieren nun permanent das Ankunft- und Abfluggebäude. Bei der anschließenden Fahndung wurden insgesamt zehn Personen festgenommen, zwei 25-jährige Tamilen stehen unter dringendem Tatverdacht. Wie die Polizei mitteilte, habe der Sprengsatz Touristen verängstigen, jedoch nicht verletzen sollen.

**Straffreiheit für Deserteure**

Die Regierung hat ein Angebot an 24.000 Armeedeserteure gerichtet, ohne Strafe in die Streitkräfte zurückzukehren. Wie mitgeteilt wurde, bestehen auf Seiten der Sicherheitskräfte derzeit große Probleme, die Sollstärke von 5.000 Offizieren und 100.000 Soldaten zu erreichen, um erfolgreich gegen die Rebellen der LTTE im Norden und Osten zu kämpfen.

**Versorgung bedroht?**

Die Versorgung von etwa 40.000 vor allem im Norden stationierten Armeesoldaten, die nur aus der Luft oder von See aus erfolgen kann, ist nach dem Einsatz von Luftabwehrwaffen durch die LTTE offensichtlich gefährdet. Wie ein Militärsprecher in Colombo jetzt eingestand, sind seit den tödlichen Angriffen auf zwei Transportmaschinen beispielsweise im Lager bei Pooneryn nur noch fünf Hubschrauber gelandet. Trotz heftiger Dementis der Luftwaffe ist die Zahl der Flüge in den Norden erheblich reduziert

worden. Man beschränkt sich im wesentlichen auf Verletzentransporte nach Colombo. Die Lage muß zur Zeit für die betroffenen Soldaten als ernst bezeichnet werden.

Seit dem einseitigen Bruch der Waffenruhe am 19. April sind inzwischen fast 800 Menschen bei Kampfhandlungen ums Leben gekommen.

**Internationales Rotes Kreuz auf dem Rückzug?**

Nachdem Anfang Juni ein Versorgungsschiff des 'Internationalen Komitees vom Roten Kreuz' (IKRK) auf eine Seemine der LTTE gelaufen ist, erwägt die Organisation ernsthaft einen Rückzug aus Sri Lanka. Der Vorfall ereignete sich, als sich das Schiff auf dem Wege von Point Pedro nach Kankasanturai, einem Armeestützpunkt auf der ansonsten von der LTTE kontrollierten Halbinsel Jaffna, befand. Das Schiff gehört zur Flotte der regelmäßig zwischen Jaffna und dem östlichen Trincomalee verkehrenden Fähren, die Verletzte, Medikamente, Lebensmittel und andere Fracht transportieren. Zur Zeit des Unglücks befanden sich zwölf Personen, unter ihnen ein Mitarbeiter des UNHCR, an Bord. Ein indonesischer Matrose wird seit dem Unglück vermißt, er kam vermutlich bei der Explosion ums Leben. Die übrigen Insassen wurde durch die Marine von dem sinkenden Schiff gerettet.

Paul Sruh, einer der Leiter des IKRK in Sri Lanka, sagte wenige Tage nach dem Zwischenfall, daß man grundsätzlich zwar bereit sei, die Arbeit im Land fortzusetzen, zunächst aber eine genaue Einschätzung der neuen Situation gemeinsam mit der IKRK-Zentrale in Genf vornehmen müsse.

**Antitamilische Ausschreitungen**

In Galle, einer Stadt im Süden des Landes etwa 110 km von Colombo entfernt, haben viele Tamilen in der Nacht vom 2. zum 3. Juni die Flucht aus ihren Geschäften und Häusern ergriffen, nachdem ein sinhalaischer Mob tamilische Geschäfte geplündert und in Brand gesteckt hatte. Die Tamilen suchten in umliegenden

den Tempeln Zuflucht, von der Polizei wurde zur Verhinderung weiterer Übergriffe Tränengas eingesetzt. Eine unbefristete Ausgangssperre wurde verhängt. Die Sicherheitskräfte in der süd-srilankischen Hafenstadt sind nach den Vorfällen erheblich verstärkt worden, um tamilische Häuser und Tempel zu schützen. Trotzdem wurden bisher keine Tatverdächtigen festgenommen. Nicht alle der etwa 20 zerstörten Geschäfte waren im Besitz von Tamilen, einige gehörten Sinhalesen und Moslems. In vielen Fällen griffen die Flammen auf benachbarte Gebäude über.

Die Ausschreitungen sind eine Reaktion auf die Ermordung eines hohen buddhistischen Mönchs. Seelalankara, 71 Jahre alt, galt als Gegner der LTTE und ihrer Forderung nach einem unabhängigen Staat. Großes Engagement zeigte er bei der Ansiedlung von Tausenden von Sinhalesen in den Randgebieten der Nord- und Ostprovinz. Seelalankara und sein Fahrer wurden am 26. Mai während des Besuchs von Reisbauern in Dimbulagala (Polonnaruwa-Distrikt) vermutlich von Kämpfern der LTTE erschossen.

**RUNDBRIEF 2/95**

- Frauenrechtsarbeit - Menschenrechtsarbeit ♦
- Vergewaltigung in der Ehe ♦ Kurdistan ♦
- Frauen in Papua Neuguinea ♦ Netzwerk Genitalverstümmelung ♦ Frauenhandel aus Thailand ♦
- Kindschaftsrecht versus Sorgerecht ♦

TERRE DES FEMMES

ISSN 0946-0373

TERRE DES FEMMES e.V.  
Menschenrechte für die Frau  
Postfach 2531, 72015 Tübingen  
Telefon 0 70 71/2 42 89